



„Wir wollen Klimaschutz und Wohlstand verbinden“

SUPERillu 19. August 2021

Frau Teuteberg, CDU, SPD und FDP schmieden gerade in Sachsen-Anhalt eine Koalition auf Landesebene. Wäre so eine „Deutschlandkoalition“ auch ein Modell für den Bund?

In Sachsen-Anhalt ist es auf jeden Fall eine Chance, dass die FDP in der neuen Landesregierung künftig Infrastruktur und Digitalisierung gestalten kann. Das wird Sachsen-Anhalt in diesen wichtigen Bereichen voranbringen. Die Bundestagswahl findet am 26. September statt und bis dahin kämpfen wir um das Vertrauen der Bürger mit unseren Antworten auf wichtige Probleme und Herausforderungen. Auf die Inhalte kommt es an und nicht aufs Regieren als Selbstzweck.

Wenn man so wählerisch ist, kann das aber auch problematisch werden. 2017 ließ Ihr Parteichef Christian Lindner die Koalitionsverhandlungen mit Union und Grünen platzen. Ein Rückzieher, der damals viele FDP-Wähler enttäuscht hat. Wer zur Wahl antritt, der muss doch auch regieren wollen, oder nicht?

Wir wollen gestalten und bewerben uns deshalb um Regierungsverantwortung. Zu staatspolitischer Verantwortung gehört für uns allerdings auch, dass es einen erkenn- und spürbaren Unterschied machen muss, ob die Freien Demokraten mitregieren oder nicht. Das sind wir den Wählern, die uns ihr Vertrauen schenken, schuldig. Wir bewerben uns nicht um Dienstwagen, sondern um die Möglichkeit, mit unseren Vorschlägen und Fähigkeiten unserem Land einen Dienst zu erweisen. Denn die Herausforderungen sind enorm.

Dann lassen Sie uns doch das, was Sie Ihren Wählern versprechen, mal anhand einiger Schlüsselthemen durchgehen. Fangen wir mit der Umweltpolitik an...

Klimaschutz muss nicht nur gut gemeint sein, sondern auch gut gemacht werden. Das beginnt mit einer realistischen Betrachtung: Deutschland hat am weltweiten CO₂-Ausstoß einen relativ kleinen Anteil. Das ist kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Im Gegenteil: Unsere Verantwortung ist, mit Innovation und Ingenieurskunst zu zeigen, dass man Klimaschutz mit Wohlstand und einer freiheitlichen Lebensweise verbinden kann. All den Menschen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern einen legitimen Hunger nach Wohlstand und Mobilität haben, sollten wir ein leuchtendes und nicht ein abschreckendes Beispiel sein. Gerade im Osten Deutschlands wissen wir, wie wichtig eine funktionierende Industrie ist und dass der Staat nicht deren Wertschöpfung ersetzen kann. Unser Ziel kann doch nicht sein, dass in einigen Jahren chinesische Touristen vor ehemaligen Fabrikhallen in Stuttgart oder Eisenach als Freilichtmuseen stehen und ehrfürchtig betrachten, wie industrielle Produktion in Deutschland aussah. Deshalb müssen wir Klimaschutz marktwirtschaftlich effizient organisieren. Zum Beispiel über eine Ausweitung des Handels mit CO₂-Zertifikaten Kohlendioxid-Ausstoß vor allem da vermeiden, wo es am sinnvollsten und günstigsten ist.

Bezüglich Corona hofften alle, die lästigen Schutzmaßnahmen bis zum Herbst endlich los zu sein. Doch jetzt beschloss die Regierung eine neue Runde von Einschränkungen. Ist das sinnvoll?

Das Maßnahmenpaket ist eine absolute Enttäuschung. Wir schlagen hier einen Mix aus mehreren Faktoren vor. Wenn die Krankenhäuser zum Beispiel nicht überlastet sind, kann die Inzidenz allein nicht das Maß aller Dinge sein. Wir sind zwar noch in einer Pandemie und sollten Hygieneregeln einhalten. Aber es muss auch gelten: Wer geimpft, genesen oder getestet ist, sollte uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilnehmen können. Kluge und entschlossene Pandemiebekämpfung ist das Eine, eine schlechende Gewöhnung an das Übermaß staatlicher Eingriffe etwas anderes. Wir treten konsequent für die Freiheitsrechte der Bürger ein und prüfen jede Maßnahme auf ihre Verhältnismäßigkeit.

Die Pandemie hat uns auch gezeigt, wie sehr Deutschland in Sachen Digitalisierung hinterherhinkt...

Für uns Freie Demokraten ist das schon lange ein wichtiges Thema. Auch bei der letzten Bundestagswahl 2017 haben wir unsere Forderungen nach einer zügigen Digitalisierung nach vorn gestellt, wofür uns einige belächelt haben. Jetzt sehen wir, wie wichtig das ist. Wir müssen hier mehr Tempo machen: in der Verwaltung, in den Schulen, im Gesundheitswesen.

Wenn die Pandemie vorbei ist, wird es vor allem darum gehen, wie wir die Hunderte Milliarden Euro, die sie den Staat gekostet hat, stemmen. Ihre Partei plädiert dafür, trotzdem die Steuern zu senken. Wie passt das zusammen?

Gerade weil wir uns aus einer Krise nicht herausparen können, sondern wirtschaftlich aus ihr herauswachsen müssen, ist Entlastung das Gebot der Stunde. Wir dürfen diejenigen, die etwas schaffen, ob als Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, nicht durch zusätzliche Steuern belasten, sondern sollten sie entlasten, damit Anstrengung und Investitionen sich für jeden in unserem Land lohnen.

Für Aufsehen sorgte 2020, als der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD zum Thüringer Ministerpräsidenten gewählt wurde...

Die FDP ist eine eigenständige politische Partei, die für die Würde und Freiheit jedes einzelnen Menschen steht. Sie ist damit der größtmögliche Gegensatz zur AfD.

Das wichtigste Streitthema ist seit Jahren das Thema Migration. Momentan drohen, wie 2015, neue Wellen unkontrollierter Migration. Was tun?

Bei der Migration gibt es einen großen Handlungsbedarf, den andere Parteien offenbar so nicht sehen. So blockieren die Grünen seit Jahren über im Bundesrat, dass die nordafrikanischen Staaten als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, was die Ablehnung unberechtigter Asylanträge aus diesen Ländern erleichtern würde. Das ist unverantwortlich. Wir wollen eine rechtsstaatliche Migrationspolitik der Mitte. Wir stehen zum Asylrecht, doch das betrifft nur relativ wenige Menschen, die tatsächlich individuell in ihren Heimatländern politisch verfolgt werden. Wir stehen zu einer zeitlich befristeten Aufnahme von Menschen, die vor Kriegen geflohen sind. Und daneben brauchen wir endlich klare Regelungen für das Thema Fachkräftezuwanderung. Genau wie Kanada zum Beispiel müssen wir anhand von Sprachkenntnissen und Qualifikation klar regeln, wen wir in unser Land einladen. Wer keine dieser drei Bedingungen erfüllt, hat kein Recht auf Aufenthalt in unserem Land. Das auch in der Praxis durchzusetzen, bedeutet nicht Härte, sondern rechtsstaatliche Konsequenz.

Interview: Gerald Praschl